

Information gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung für die Durchführung von Wahlen

Vorbemerkung

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte im Rahmen der Durchführung von Wahlen gemäß den Anforderungen der DSGVO.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verbandsgemeinde Vordereifel
Kelberger Straße 26
56727 Mayen
Tel.: 02651/8009-0
E-Mail: verbandsgemeinde@vordereifel.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Datenschutzbeauftragter der Verbandsgemeinde Vordereifel
Yannick Faßhauer
Kelberger Straße 26
56727 Mayen
Tel.: 02651/8009-47
E-Mail: datenschutz@vordereifel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel verarbeitet personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), dem Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz (LDSG) sowie weiteren bereichsspezifischen landesrechtlichen Vorschriften. Insbesondere verarbeiten wir personenbezogene Daten zur Erfüllung unserer rechtlichen Verpflichtungen (Art. 6 Abs. 1 lit. c) DS-GVO) oder wenn die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, welche uns übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO). Zusätzlich werden besondere wahlrechtliche Vorschriften hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten beachtet.

Die Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel verarbeitet personenbezogene Daten im Rahmen der Durchführung von Wahlen. Dazu gehören folgende Aufgaben:

- Verarbeitung von personenbezogenen Daten von Freiwilligen oder zu Verpflichtenden für die Bildung von Wahl-/Abstimmungs- oder Auszahlungsvorständen gem. §26 (5) Kommunalwahlgesetz (KWG).

- Verarbeitungen von personenbezogenen Daten bei der Erstellung des Wahlverzeichnisses zur Klärung der Wahlberechtigung gem. § 11(1) KWG i.V.m. §10 (1) Kommunalwahlordnung (KWO).
- Verarbeitungen von personenbezogenen Daten zur Aufstellung der Wahlvorschlagslisten gem. §19 (1) KWG i.V.m. §25 (1) KWO.
- Soweit uns eine betroffene Person eine Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO) zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt hat, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis dieser Einwilligung gegeben. Wenn der Verbandsgemeindeverwaltung Kontaktdaten in Form von z. B. Visitenkarten, Brief oder E-Mail zur Verfügung gestellt werden, sehen wir darin die Zustimmung, dass wir diese Daten zum Zweck der weiteren Kontaktpflege speichern dürfen. Diese Zustimmung erstreckt sich nur dann auf die Verarbeitung „besonderer Kategorien von personenbezogenen Daten“ gemäß Art. 9 Absatz 1 DSGVO (z. B. Angaben über eine Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder einer Kirche), wenn der Ansprechpartner diese Information in seiner spezifischen Rolle als Vertreter einer politischen Partei, einer Gewerkschaft oder einer Kirche gegenüber der Verbandsgemeinde Vordereifel aktiv zur Verfügung stellt.
- Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DS-GVO, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf einer Einwilligung wirkt erst für die Zukunft und berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

- Personenstammdaten, Identifikationsangaben
 - Name, Vorname
 - Geburtsdatum
 - Staatsangehörigkeit
 - Beruf und Stand
- Kommunikationsdaten
 - Telefon, E-Mail, Mobilfunknummer, Anschrift
- die Art der Funktion, für die der Betroffene eingesetzt wurde
- die Anzahl von Berufungen

Wir erheben personenbezogene Daten in erster Linie bei der betroffenen Person selbst, z. B. durch vorliegende Bewerbungen, Mitteilungen und Anträge. Darüber hinaus erheben wir personenbezogenen Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind.

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Alle uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten von betroffenen Personen dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn diese dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

Personenbezogene Daten von Wahlbeteiligten dürfen wir gemäß § 20 Abs. 1 Satz 2 LDSG an Personen und Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs nur dann

übermitteln, wenn der Empfänger ein rechtliches Interesse darlegt, der Dienstverkehr es erfordert oder die betroffene Person eingewilligt hat.

Ihre personenbezogenen Daten werden in kein Drittland übermittelt.

5. Dauer der Speicherung

Vorrangig für die Dauer der Speicherung sind konkrete Aufbewahrungs- und Löschfristen (z.B. Bestimmungen des Bundeswahlgesetz (BWahlG) oder des KWG). Grundsätzlich werden personenbezogene Daten so lange gespeichert, wie sie für die Durchführung der Wahl/Abstimmung oder Auszählung erforderlich sind. Jedoch dürfen die betreffenden personenbezogenen Daten auch dauerhaft gespeichert werden, um diese für künftige Wahlen zu verarbeiten (§ 26 (5) KWG), sofern dieser nicht widersprochen wird.

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

7. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6

Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde:

**Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Rheinland-Pfalz**

**Prof. Dr. Dieter Kugelmann
Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz**

Tel. 06131/208-2449

Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de/>

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.